

Prüfsteine zur Wahl

Ausländerbeiräte diskutieren mit Parteien Integrationspolitik

Es ist unüberhörbar – die nächste Bundestagswahl findet in rund sieben Monaten statt und alle Parteien beginnen mit ihrer Wahlwerbung. Für die in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten ist diese Wahl von besonderem Interesse. Ist doch absehbar, dass die Zuwanderungs- und Integrationspolitik im anstehenden Wahlkampf eine große Rolle spielen wird.

Andererseits sind etwa 500.000 eingebürgerte Migranten am 22. September 2002 aufgerufen ihre Stimme abzugeben. Eine nicht zu unterschätzende Wählergruppe.

Die kommunalen Migrantenvertretungen in NRW sind aufgerufen im Vorfeld der Wahl das Gespräch mit den Kandidaten und Kandidatinnen der Parteien zu suchen. In öffentlichen Diskussionsveranstaltungen können die besonderen Anforderungen der Migrantinnen

und Migranten thematisiert werden. Wahlberechtigte Migranten erhalten Orientierungshilfen für ihre Wahlentscheidung.

Zugleich haben die Migrantenvertretungen Gelegenheit, wichtige Punkte wie die Verbesserung der Schulerfolge von Kindern mit Migrationshintergrund zu thematisieren und Forderungen zu stellen. An oberster Stelle der politischen Agenda von Migrantenvertretungen steht nach wie vor das kommunale Wahlrecht für alle rechtmäßig in Deutschland lebenden Migranten. Es wäre das Minimum an politischer Gleichberechtigung, das ohne den politischen Willen im Bundestag nicht umgesetzt werden kann, da es dazu einer Änderung des Grundgesetzes bedarf.

Leitfragen für solche Veranstaltungen können über die Geschäftsstelle der LAGA NRW bezogen werden. (Adresse s. Impressum S. 8)

AUS DEM INHALT:

Interview zur PISA-Studie

Land NRW fördert soziales Ehrenamt

City 21 – Stadtplanung mit Zukunft

Studie zu Türken in Deutschland

Neue Publikationen

Impressum

Februar 2002

Schieflage im deutschen Bildungssystem

PISA-Studie macht Reformbedürftigkeit deutlich

Seit Wochen macht eine Studie Schlagzeilen in Deutschland. Es ist die sogenannte PISA-Studie. Dabei handelt es sich um eine international vergleichende Studie über die Fähigkeiten von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern.

Getestet wurden die drei grundlegenden Bereiche Lesefähigkeit und Textverständnis, mathematisches und naturwissenschaftliches Wissen und Verständnis. Die Aufgaben waren in allen drei Bereichen nicht allein auf das Abfragen von Fakten angelegt. Die Schülerinnen und Schüler sollten ebenso ihre Fähigkeit unter Beweis stellen, erworbenes Wissen zur Lösung komplexer, z.T. auch unbekannter Sachverhalte zu verwenden.

Die Ergebnisse der PISA-Studie stellen dem deutschen Bildungswesen kein gutes Zeugnis aus. In aller Kürze besagen sie: Nicht nur bewältigen Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen deutlich seltener als ihre Altersgenossen aus anderen hoch entwickelten

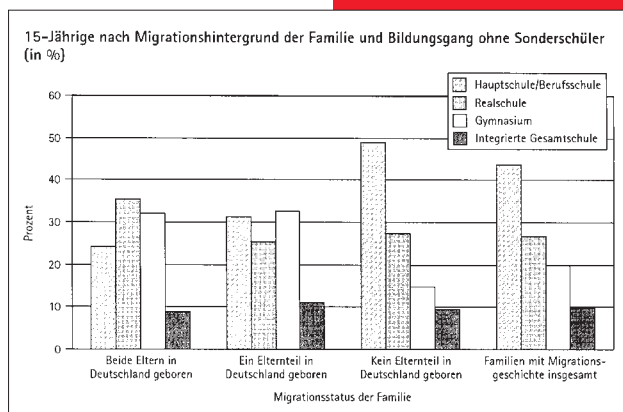
Ländern komplexe Fragestellungen.

Der Abstand zwischen guten und schlechten Schülern ist in Deutschland auch noch erheblich größer als beispielsweise in den USA. Das gilt auch noch, wenn man den sozialen Status und den Bildungshintergrund der Eltern hinzuzieht.

Wer aus sozial schwachen Verhältnissen mit niedrigem Bildungsniveau stammt, kommt im deutschen Schulwesen meist nicht weit. Von Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen keine Spur.

Fortsetzung S. 2

Schaubild aus der PISA-Studie



Fortsetzung von Seite 1

Bei diesen Ergebnissen verwundert das schlechte Abschneiden von Kindern mit Migrationshintergrund nicht. Gehören Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik doch nach wie vor überdurchschnittlich oft zu den sozial benachteiligten Schichten der Gesellschaft. In der PISA-Studie wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass „sich die Zuwandererfamilien noch deutlich in der Sozialstruktur von der deutschen Bevölkerung“ unterscheiden.

Es fällt auch kaum ins Gewicht, ob Kinder in Deutschland geboren wurden oder nicht. Denn die Autoren stellen fest: „Mehr als 70 Prozent der Jugendlichen haben vom Kindergarten bis zum Ende der Pflichtschulzeit durchgehend Bildungseinrichtungen in Deutschland besucht. Bei einigen Anwerbeländern kann diese Quote sogar auf fast 90 Prozent steigen.“

Für die gesamte Schullaufbahn der Kinder mit Migrationshintergrund ist die häufig schlechte Lesekompetenz der Schlüssel zu weiteren Misserfolgen in der Schule. Aufgrund schlechten Sprachverständnisses kommen die Kinder auch in Mathematik oder Naturwissenschaften nicht mit. Sie erleben Nicht-Versetzung und beim Übergang zur weiterführenden Schule kommt für zu viele nur eine Hauptschule in Frage, die dann auch noch oft ohne Abschluss verlassen wird. Die erschreckende Bilanz der Autoren: „Die Entwicklung des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Leistung scheint ein kumulativer (= ansammeln) Prozess zu sein, der lange vor der Grundschule beginnt und an Nahtstellen des Bildungssystems verstärkt wird.“

Es entsteht ein Teufelskreis, der nur durch neue, integrative Konzepte durchbrochen werden kann. Dazu gehören nicht nur eine verbesserte Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund im Rahmen des normalen Unterrichts, sondern insbesondere die Einbeziehung ihrer besonderen Fähigkeiten – d.h. die Berücksichtigung ihrer Zweisprachigkeit.

Liebe Freundinnen und Freunde,

„Klassenziel verfehlt! Sitzengeblieben!“ So muss man die deutschen Ergebnisse der PISA-Studie bewerten, wenn man die Chancengleichheit zur wesentlichen Aufgabe des Schulsystems erklärt.

Allerdings zeigen die Ergebnisse der PISA-Studie beides: Schule auf hohem Niveau ist auch mit Schülerinnen und Schülern möglich, die einen Migrationshintergrund haben. Jedoch eher in Schweden oder in Finnland als in Deutschland.

Die LAGA NRW hat schon lange vor Veröffentlichung der erschreckenden PISA-Ergebnisse vor eben diesen gewarnt. Im Januar 2000 haben wir das Positionspapier „Integration konkret: Schulerfolge der Migranten verbessern“ vorgestellt. Man hat uns sehr dafür gelobt. Alle Parteien haben uns Recht gegeben, als die LAGA darauf hinwies, dass die Schulen immer noch nicht auf die spezifischen Bedingungen, die eine Zuwanderungsgesellschaft mit sich bringt, eingestellt sind. Es fehlt an der Umsetzung von Konzepten, die Lernen in sprachlich heterogenen Klassen, darunter solchen mit Schülern unterschiedlicher Muttersprachen, effektiv machen. Hier liegt das eigentliche Problem. Konzepte liegen nämlich vor – dies ist jedenfalls das Ergebnis einer vom Landesinstitut für Schule in Soest veranstalteten Tagung im Mai 1999!

Für die LAGA NRW ergeben sich drei wesentliche Schlussfolgerungen aus der Studie:

1. Wir brauchen eine Unterrichtsreform, die Lehren und Lernen in sprachlich heterogenen Klassen effektiv macht. Es geht um die lange geforderte Individualisierung des Regelunterrichts, nicht um das Aufziehen neuer externer Förderschienen. Das bedeutet für die Grundschule vor allem eine zweisprachige, koordinierte Alphabetisierung in Deutsch und der



Muttersprache sowie neue Formen des Deutschlernens in allen Fächern.

2. Mit der Unterrichtsreform muss eine systematische Umsetzungsstruktur entwickelt werden, die Schulen dabei begleitet und berät. Gerade in NRW fehlt es nicht an Ressourcen in diesem Bereich. Im Gegenteil: Fortbildungen sind gestrichen worden. Aus den erfolgreichen Konzepten hat sich bis heute kein Umsetzungskonzept entwickelt.

3. Die frühe Selektion nach nur vier Grundschuljahren und das vielfache Abschieben von Migranten auf die „Restschule“ Hauptschule gehen vielfach an den Möglichkeiten der Betroffenen vorbei und entmotivieren die Schüler und Schülerinnen. Statt jetzt in der Auswertung von PISA die Selektion zu verschärfen und noch mehr Tests durchzuführen (etwa bei dreijährigen Kindern), ohne zu wissen, was man denn mit den Testergebnissen anschließend machen soll, muss überlegt werden, welche Art von Unterricht und Schulstruktur wir brauchen, um mehr Chancengleichheit zu verwirklichen.

Gerade jetzt müssen wir alle zusammen darauf achten, dass die Schulprobleme unserer Kinder ernst genommen und einer Lösung zugeführt werden. Verschärfungen und noch größere Absonderung werden wir nicht dulden. Allerdings sind die LAGA NRW und die Migrantenvertretungen vor Ort mehr denn je bereit, bei der Bewältigung der Aufgaben mit zu machen.

Zur Erleichterung Ihrer Arbeit in Bildungsfragen vor Ort möchte ich Ihnen an dieser Stelle eine Broschüre der LAGA zu PISA ans Herz legen. Sie können sie über die Geschäftsstelle in Düsseldorf beziehen.

Mit allen guten Wünschen für das noch junge Jahr 2002 bin ich Ihr

Tayfun Keltek

Tayfun Keltek
Vorsitzender der LAGA NRW

PISA in Schweden: Erfolge ohne Sitzenbleiben

Der Kölner Journalist Karl-Heinz Heinemann stellt Erfahrungen aus dem schwedischen Schulsystem im Interview vor

Aus welchen Gründen schneiden Schweden in der PISA-Studie deutlich besser ab als Deutschland?

Der wichtigste Grund ist, dass es in Schweden seit 1961 ein Einheitsschulsystem gibt. Alle Schüler und Schülerinnen besuchen bis zur neunten Klasse den gleichen Unterricht. Neunzig Prozent von ihnen schaffen diese Einheitsschule und besuchen danach eine Oberschule. Von diesen machen wiederum 70 Prozent das Abitur. Und das schaffen die schwedischen Kinder, obwohl es einerseits zentrale Leistungstests gibt, aber andererseits kein „Sitzenbleiben“ und auch keine Zensuren bis zum achten Schuljahr. Das heißt wiederum, dass die Lehrerinnen und Lehrer anders als in Deutschland nicht die Möglichkeit haben, schlechte Schüler abzuschieben und darauf eingestellt sind alle Schüler zu fördern.

Ein weiterer Grund ist die in den 90er Jahren erfolgte starke Kommunalisierung des Schulwesens. Die Lehrer müssen den Kommunen regelmäßig Rechenschaft über ihre Arbeit geben. Selber haben die Lehrer 35 Wochenstunden Anwesenheitspflicht in der Schule und dort einen vernünftigen Arbeitsplatz. So können sie sehr viel enger zusammen arbeiten als etwa in Deutschland.

Auch Kinder mit Migrationshintergrund schneiden in Schweden deutlich besser ab. Was macht man denn in diesem Bereich besser?

Was grundsätzlich anders ist, ist der rechtlich gesicherte Anspruch, Kinder mit einer anderen Muttersprache in dieser zu unterrichten. Man muss wissen, dass die Schweden Erfahrungen mit Minderheiten haben, weil es einmal die sämische Minderheit (Lappen) und auch sehr viele Finnen im Land gibt. Für diese



gibt es zum Teil zweisprachige Schulen. Für Kinder anderer Herkunft gilt: Sobald es mindestens vier Kinder mit einer Muttersprache in einer Gemeinde gibt, muss für diese Unterricht in der Muttersprache eingerichtet werden.

Das ist eine sehr kleine Einheit.

Ja, und es kostet die Schweden auch viel Geld. Es wird für Migrantenkinder nicht viel mehr gemacht. Das wirklich Entscheidende ist, dass das gesamte Schulwesen in Schweden stark auf individuelle Förderung setzt.

In Deutschland wird immer wieder über die Bedeutung des Tagesstättenbesuchs für Migrantenkinder gesprochen, damit sie frühzeitig mit der deutschen Sprache in Verbindung kommen. Wie geht man damit in Schweden um?

In Schweden gibt es die Vorschule, die mit Vollendung des ersten Lebensjahres beginnt. Der Elternbeitrag ist nach Einkommen gestaffelt, geht aber maximal bis 200 Euro pro Monat. Diese Vorschule dauert sechs Jahre, weil man in Schweden erst mit sieben einschult. Wenn die Kinder sechs Jahre alt sind, kommen sie in die eigentliche Vorschule, die zum Teil den Schulen angegliedert sind. Die Vorschule wird von weit über 90 Prozent der Kinder besucht. Der Kindergarten ist in Schweden eine Bildungseinrichtung und zwar nicht nur auf dem Papier. Diese Einrichtungen gehören zum Bildungsministerium.

Was hat das für Konsequenzen?

Nun, mein Eindruck ist, dass sich der Kindergarten inhaltlich nicht sehr von den Kindergärten in Deutschland unter-

scheidet. Die Kinder werden dort nicht wie in Frankreich auf die Schule getrimmt. Aber die Erzieherinnen beobachten die Entwicklung jedes einzelnen Kindes viel genauer. Und weil sie zum Bildungswesen gehören, haben sie auch eine Art Lehrerstatus und arbeiten eng mit den Grundschullehrern zusammen.

Die LAGA NRW fordert seit langem eine stärkere Einbeziehung der Eltern mit Migrationshintergrund, um die Schulerfolge ihrer Kinder zu verbessern. Gibt es dazu Erfahrungen aus Schweden, die hilfreich sein könnten?

Es gibt für jeden Schüler in Schweden eine Art „Logbuch“, in dem Aufgaben, Leistungen, besondere Fähigkeiten oder auffällige Schwächen genau aufgeschrieben werden. Darüber finden dann regelmäßige Gespräche mit den Eltern statt, die so die Leistungen ihrer Kinder leichter nachvollziehen können.

Was müsste in Deutschland im Bereich der Schulverwaltung und -organisation passieren, um bessere Leistungen zu erbringen?

Ich glaube, man ist mit Modellen auf dem richtigen Weg, die sehr viel mehr Entscheidungsverantwortung nach unten, an die Kommunen, delegieren. Auf der anderen Seite muss es aber eine externe Kontrolle geben, damit bestimmte Qualitätsstandards gewährleistet werden können.

Herr Heinemann, ich danke Ihnen für das Gespräch.

**Das Gespräch führte
Susana dos Santos Herrmann.**



Landesregierung stärkt Ehrenamt

Nachweis für sozial engagierte Menschen

Das zu Ende gegangene Jahr 2001 war das internationale Jahr der Freiwilligen. Manche Ehrung sozial engagierter Bürgerinnen und Bürger hat stattgefunden. Dabei wurde immer wieder betont, wie wichtig dieses soziale Engagement, sei es im Sport, in der Kinder-, Jugend-, oder Altenhilfe, ist. Ohne die freiwillige Arbeit könnten die Angebote in ihrer Vielfalt nicht aufrecht erhalten werden.

Zugleich klagten Politik und Verbände über einen Rückgang freiwilliger sozialer Arbeit. Eine bessere gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten könnte diesen Trend stoppen und wieder mehr – insbesondere junge – Menschen dazu bewegen, sich zu engagieren.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich dieses Themas angenommen und den Landesnachweis NRW „Engagiert im sozialen Ehrenamt“ ins Leben gerufen. Er geht auf eine gemeinsame Initiative der Landesregierung, der Trägerorganisationen des sozialen Ehrenamtes sowie der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände zurück. Mit dem Landesnachweis können sozial engagierte Menschen ihre im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten dokumentieren lassen, um sie für die Berufswelt zu nutzen.

Die LAGA NRW war an der Erarbeitung dieses Nachweises von Anfang an beteiligt, da auch das enorme ehrenamtliche Engagement, das in den zahllosen Migrantenselbstorganisationen geleistet wird, berücksichtigt werden soll.

Wer darf den Nachweis vergeben?

Um eine möglichst unbürokratische Vergabe des Landesnachweises zu gewährleisten, hat die zuständige Ministerin Birgit Fischer einige gesellschaftliche Institutionen ausgewählt, die den Nachweis vergeben dürfen. Neben der Landes seniorenvertretung, dem Landessportbund, den Kirchen, gehört auch die LAGA NRW zu diesen Stellen.

Um die Vergabe des Nachweises für das Ehrenamt für sozial engagierte Migrantinnen und Migranten zu erleichtern, sollten die örtlichen Migrantenvertretungen zusammen mit Vereinen und Verbänden über die Möglichkeit, einen solchen Nachweis zu bekommen, informieren. Wer den Nachweis erhalten möchte, kann sich dann über den jewei-

ligen Ausländerbeirat an die LAGA NRW wenden.

Auf Einladung des LandesSportBundes NRW hat die LAGA NRW Ende letzten Jahres mit zahlreichen weiteren gemeinnützigen Organisationen einen weitergehenden Forderungskatalog erstellt, der dem Ehrenamt einen besonderen Stellenwert geben soll. Dieser wird durch eine gemeinsame Aktion der Öffentlichkeit bekannt gemacht und an die Politik weitergeleitet. Hier einige der Forderungen:

- ▶ Das Ehrenamt soll berufs-, ausbildungs- und schulfördernd sein. Dazu ist der Landesnachweis ein Beitrag.
- ▶ Eine Verbesserung der Freistellungsrechte
- ▶ Steuerliche Berücksichtigung der im Ehrenamt entstandenen Kosten
- ▶ Entlastung des Ehrenamtes durch mehr hauptamtliche Tätigkeit
- ▶ Eine bessere Zusammenarbeit von Wirtschaft und gemeinnützigen Organisationen
- ▶ Eine verbesserte öffentliche Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit, die mit öffentlichen Mitteln gefördert und weiterentwickelt werden sollte.



Wettbewerb zur Integration von Zuwanderern

Initiative des Bundespräsidenten

Bereits Ende Januar stellte Bundespräsident Johannes Rau den „Wettbewerb zur Integration von Zuwanderern“ vor. Damit wolle er „die vielen Gruppen, die sich überall in Deutschland für Integration einsetzen, in ihrem Engagement ermutigen und andere zur Nachahmung anregen.“ Teilnehmen können alle Gruppen, Projekte, Schulen, Vereine, Gemeinden usw., die sich auf besondere Weise für Integration stark machen.

Zusammen mit dem Bundespräsidialamt führt die Bertelsmann-Stiftung den Wettbewerb durch. Inzwischen ist auch eine eigene Homepage eingerichtet, unter der man zusätzliche Informationen bekommt. www.integrationswettbewerb.de

Bund stützt Entwicklung der Städte

Initiative „City21“ setzt auf Fortschritt durch Beteiligung

Seit Jahren beobachten Sozialwissenschaftler und Kommunalpolitiker eine Abwanderung aus den Städten, insbesondere den Innenstädten: Junge Familien ziehen in Stadtrandgebiete oder in kleinere Gemeinden, Handel und Gewerbe verlassen die Kerngebiete der Städte und bauen auf der „grünen Wiese“ große Zentren, die viel Verkehr anziehen. Arbeitsplätze in den Städten gehen damit verloren und soziale Segregation (Abschottung) einzelner Gruppen schreitet voran.

Zusammen können diese Tendenzen die Entwicklung der Innenstädte stark beeinträchtigen und sie zu sozialen Brennpunkten werden lassen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen will zusammen mit Akteuren aus den Kommunen diesen Trends entgegenwirken. Dazu wurde u.a. die Initiative „City21“ ins Leben gerufen. Der Name steht für Problemlösung durch Beteiligung. Denn es werden in regelmäßigen Abständen Kommunalpolitiker, Verbände und Organisationen aus den Städten eingeladen zusammen mit Fachleuten aus dem Ministerium, Strategien zur Verbesserung der Situation zu debattieren und zu erarbeiten. Am Ende sollen so etwa Förderprogramme besser abgestimmt werden können. Erfreulich ist, dass die Verantwortlichen erkannt haben, dass Migranten eine wichtige Gruppe in den Städten sind, die einen wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung leisten kann. Daher wurde auch die LAGA NRW zur Teilnahme eingeladen. Sie wird durch ihr Vorstandsmitglied Engin Sakal vertreten.

Beispielhafte Migrationsarbeit in Lünen

Das Multikulturelle Forum Lünen e.V. (MkF) ist eine Selbstorganisation – von Migranten für Migranten. Vorläufer war der 1985 gegründete Türkisch-Deutsche-Familien-Kultur-Verein, der 1992 in Multikulturelles Forum umbenannt wurde. Heute hat der Verein 150 Mitglieder, davon 70% mit Migrationshintergrund. Sowohl der Vorstand als auch die 23 hauptamtlichen Mitarbeiter/innen sind multikulturell: nach Herkunft und Geschlecht. Seit Jahren ist Kenan Küçük der Geschäftsführer.



Das MkF gründete 1994 das Bildungswerk Multi Kulti – eine vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW anerkannte Einrichtung der Weiterbildung. Zu den Förderern zählen Ministerien in NRW und beim Bund, der Kreis Unna, die Stadt Lünen, der Sprachverband Mainz, die Bundesanstalt für Arbeit und der Europäische Sozialfonds. Aus den vielfältigen Aktivitäten werden zwei Projekte kurz vorgestellt:

Modellprojekt „Integration älterer Migrantinnen und Migranten“

Das Projekt läuft vom 15.11.2000 bis 15.11.2003 und wird gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW.

In einer ersten Phase wurde vom Institut für Gerontologie in Dortmund eine repräsentative und dialogorientierte Befragung durchgeführt.

Aus den Ergebnissen dieser wissenschaftlichen Bestandsaufnahme wurden verschiedene Handlungsansätze entwickelt. Das Projekt hat folgende Ziele:

- Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen zur Nutzung bestehender Angebote und Einrichtungen für die Zielgruppe.
- Sensibilisierung der Dienste und Einrichtungen der Altenarbeit für die Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten.
- Verbesserung des Informationsflusses; Abbau von Hemmschwellen.
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der deutschen wie der türkischen (Alten-) Bevölkerung.

- Bedürfnisorientierte Angebote in den Bereichen Freizeit, Kultur und Bildung.
- Förderung selbstorganisierter kultureller Eigenaktivitäten.

Folgende Aufgaben werden bearbeitet:

Für Migrantinnen und Migranten

- Muttersprachliche Aufklärungsarbeit (z.B. Tagespflege, ambulante Versorgung, Wohnraumanpassung, Veranstaltungen)
- Individuelle Beratungsgespräche
- Freizeitpädagogische Angebote und Exkursionen

Für professionelle Dienste

- Fachgespräche und Fachtagungen
- Seminare/Wochenendseminare.

Für dauerhafte Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

- Kooperation zwischen den Organisationen der Altenarbeit und der Migranten
- Initiierung eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches
- Information und Sensibilisierung der türkischen und deutschen Medien

Die neuen Strukturen in der Alten- und Migrantenarbeit sollen auf alle 10 Kommunen des Kreises Unna übertragen werden. Das Modellprojekt ist ein wichtiger Beitrag zu einer multikulturellen Seniorenpolitik und zur Verbesserung der sozialen Situation der Migrantinnen und Migranten. Wichtige Partner des MkF sind die Koordinierungsstelle Altenarbeit des Kreises Unna und die RAA Unna.

Projekt „Arbeit für Migranten – Neue Wege in den Arbeitsmarkt im Kreis Unna“

Dieses Projekt wurde im Januar 2002 gestartet und wird voraussichtlich 2005 abgeschlossen. Es handelt sich um ein Großprojekt im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL und wird gefördert durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, der Arbeitsämter und des Sozialamtes im Kreis Unna.

Mit diesem EQUAL-Projekt soll ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen sozialen und beruflichen Integration der Migrantinnen und Migranten im Kreis Unna geleistet werden.

Zur Umsetzung des Projekts wurde unter Federführung des MkF eine regionale Entwicklungspartnerschaft (EP) geschaffen. Zur aktiven Kerngruppe gehören:

- Das *Multikulturelle Zentrum* mit Sprachvermittlung und Berufsorientierung in Lünen und Bergkamen. Zur Aneignung sozialer und interkultureller Kompetenzen werden u.a. Schlüsselqualifikationen vermittelt, die eine Stärkung der Handlungskompetenz und die Verbesserung der Beschäftigungschancen der Teilnehmer/innen zum Ziel haben. Betriebspraktika sind integraler Bestandteil. Alle Teilnehmer/innen werden individuell beraten und sozialpädagogisch betreut.

- Die *Werkstatt Unna* mit speziellen Qualifizierungsmaßnahmen und ausbildungsbegleitenden Hilfen in Unna.

- Der *Verein zur Integrationsförderung mit Entwicklung* eines Baukasten-Systems zum Erwerb der deutschen Sprache und zur beruflichen Orientierung unter Einsatz eines Selbstlernzentrums in Unna.

- Der *Paritätische Wohlfahrtsverband* (Kreisgruppe Unna) mit Multiplikatorenschulungen (an insgesamt sechs Standorten) zur Sensibilisierung für die Belange der Zielgruppe sowie Aufbau und Stärkung von interkultureller Kompetenz.

- Die *Wirtschaftsförderungsgesellschaft* für den Kreis Unna mit Beratung und Begleitung von Interessenten an einer Existenzgründung in Unna und Lünen.

Alle fünf Teilprojekte wie die Entwicklungspartnerschaft insgesamt werden systematisch begleitet durch die Forschungsgruppe FOKUS.

Durch die Zusammenarbeit in der EP soll erreicht werden, dass die Ressourcen und Kompetenzen aller beteiligten Akteure zu einem gemeinsamen Ansatz verknüpft werden, um Ungleichheiten und Diskriminierungen bei der Eingliederung von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt zu überwinden.

Da es sich bei EQUAL um ein transnationales Programm handelt, wird ein intensiver Austausch mit Partnern in Großbritannien, in den Niederlanden und in Dänemark stattfinden.

Weitere Informationen:

Multikulturelles Forum Lünen e.V.
Bahnstr. 31, 44532 Lünen
Tel.: 02306/9339-0;
Fax: 02306/9339-29
e-Mail:
info@multikulti-forum.de
www.multikulti-forum.de

Deutschland ist Heimat für Türken

Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung bestätigt gute Integration von Türken

Eine von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführte Studie zur Einstellung türkischstämmiger Migranten in der Bundesrepublik Deutschland bestätigt in ihren Ergebnissen vorangegangene Studien des Zentrums für Türkeistudien und anderer.

So stellten die Wissenschaftler Stephan Eisel und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf fest, dass in Deutschland lebende Türken ebenso wie türkischstämmige Deutsche sich in hohem Maße mit dem deutschen Staat und seinen Institutionen identifizieren. Sie halten die Demokratie für eine gute Staatsform und sind in der überwiegenden Mehrheit der Auffassung, dass die deutsche Justiz gerecht ist. Damit haben türkische Migranten mehr Vertrauen in den deutschen Staat als viele Deutsche. Hier liegt die Zustimmung zu einzelnen Institutionen teilweise nur bei 50 Prozent, während sie bei den Türkischstämmigen bei bis zu 80 Prozent liegt.

Besondere Zustimmung finden Staat und Gesellschaft bei denjenigen, die bereits eingebürgert sind. Die These der Gegner einer erleichterten Einbürgerung, diese könne nur am Ende eines Integrationsprozesses stehen, wird nicht bestätigt. Eher sehen die Autoren eine Unterstützung im Integrationsprozess, wenn man sich frühzeitig einbürgert. Sie legen sich in ihrer Schlussfolgerung jedoch nicht genau fest.

Dokumentation

Türken in Deutschland – Einstellungen zu Staat und Gesellschaft – Fazit

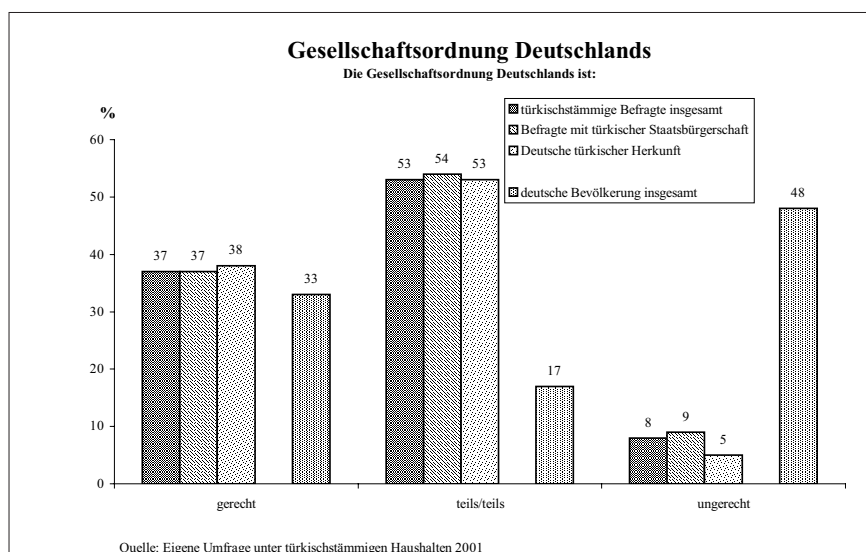
Die Befragung türkischstämmiger Bürger ergibt ein relativ positives Bild. Sie leben offenbar gerne in Deutschland und fühlen sich – trotz gelegentlicher Anfeindungen – hier wohl. Ein hoher Anteil hat stabile emotionale Beziehungen zu Deutschland aufgebaut. Sie betrachten dieses Land offenbar als Heimat und sind bereit, sich für diesen Staat einzusetzen.

In ihrer überwiegenden Mehrheit sind sie überzeugte Anhänger der Demokratie und schätzen deren Freiheiten sehr. Der deutsche Staat und seine wichtigsten Institutionen genießen mit Ausnahme der Bundeswehr relativ hohes Ansehen. Deutlich geringeres Ansehen genießen gesellschaftliche Institutionen. Türkischsprachige Medien werden zwar genutzt, sie genießen aber nur geringe Glaubwürdigkeit.

Hinweise auf islamistische Tendenzen oder antidemokratische Tendenzen liefert die Befragung nicht. Im Gegenteil dominiert unter den Befragten ein überaus positives Bild der deutschen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich kleine radikale Gruppen nicht

durch Umfragen erfassen lassen. Dies gilt übrigens auch für Befragungen unter der deutschen Bevölkerung. Für Deutschland geben die objektiven Daten zur Mitgliedschaft von Ausländern in extremistischen Gruppen wenig her. Nach dem Verfassungsschutzbericht 2000 sind von den in Deutschland lebenden Ausländern weniger als ein Prozent Mitglied einer extremistischen Organisation, wobei nicht davon auszugehen ist, dass diese Mitglieder alle gewaltbereit sind. Die Zahl der von ausländischen Extremisten verübten Gewalttaten sank im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 70 Prozent. In absoluten Zahlen wurden 116 Gewalttaten erfasst. Ein so geringer Anteil kann in einer Umfrage, die einen Einblick in die Stimmung der Gesamtpopulation liefert, nicht erfasst werden.

Die religiösen Einstellungen sind gekennzeichnet durch einen hohen Stellenwert der Religion, auf der anderen Seite aber auch durch Toleranz. Man richtet sich zwar überwiegend nach den Regeln des Islam und ist von dessen Überlegenheit überzeugt, stimmt aber auch der Ansicht zu, dass vor Gott alle Menschen gleich seien. Unverkennbar sind aber auch in der türkischstämmigen Bevölkerung Säkularisierungstendenzen, die bei Befragten mit deutscher Staatsbürgerschaft noch deutlich stärker hervortreten.



Frage: Was halten Sie von der Gesellschaftsordnung Deutschlands? Ist die Gesellschaftsordnung Deutschlands im allgemeinen eine gerechte/ungerechte/teils gerechte, teils ungerechte Gesellschaftsordnung?

Die Umfrage zeigt auch, dass türkischstämmige Deutsche stärker integriert sind als in Deutschland lebende türkische Staatsbürger. Was Ursache und Wirkung ist, ob also die Einbürgerung zur Integration beigetragen hat oder ob bereits integrierte türkische Bürger in höherem Maß Einbürgerungsanträge stellen, kann hier nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Vermutlich verstärken sich die beiden Faktoren gegenseitig. Die Einbürgerung wirkt sich aber keinesfalls nachteilig aus.

Es ist bemerkenswert, dass von den Befragten mit türkischer Staatsbürgerschaft bereits 11 Prozent einen Antrag auf Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft gestellt haben und weitere 48 Prozent vorhaben, diesen Antrag zu stellen.

LAGA-Broschüre zur PISA-Studie

Chancengleichheit ist im deutschen Bildungssystem nicht gewährleistet. Besonders stark sind davon Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen. Die LAGA NRW hat die erschreckenden Ergebnisse der PISA-Studie zum Anlass genommen, noch einmal ausführlich ihre Kritik am deutschen Schulwesen deutlich zu machen. Gleichzeitig werden in einer ausführlichen Broschüre aber auch konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht, die zum Teil kurzfristig umgesetzt werden können.

Die Textsammlung mit Stellungnahme zur Studie und Thesen für bessere Schulerfolge von Migrantenkindern bietet eine gute Grundlage, die Situation in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens zu debattieren und eigene ortsspezifische Vorschläge zu machen.

Interessierte Beiräte können die Broschüre über die Geschäftsstelle der LAGA NRW beziehen.

LAGA NRW, Helmholtzstraße 28, 40215 Düsseldorf
Tel.: 0211/99 41 610, Fax: 0211/99 41 615
e-Mail: info@laga-nrw.de
Internet: www.laga-nrw.de



Arbeitsmappe DoMiT Dokumente aus 40 Jahren türkischer Migration

Im Oktober 2001 wurde quer durch Deutschland an das vor 40 Jahren geschlossene Anwerbeabkommen mit der Türkei erinnert. Eine Wanderausstellung unter dem Titel DoMiT fand dabei viel Anerkennung.

Für das Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie war dies Anlass genug eine Arbeitsmappe herauszubringen, in der insbesondere schriftliche Dokumente aus den 60er und 70er Jahren enthalten sind. Man erfährt aus erster Hand wie die Anwerbung türkischer Arbeitskräfte ablief, unter welchen Bedingungen die Menschen in den ersten Jahren in Deutschland lebten etc.

Die Arbeitsmappe eignet sich sowohl für den Schulunterricht als für örtliche Ausstellungen oder Themenabende mit Diskussion.

Zur Bestellung wendet man sich an *Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie*
Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211-86 18 31 90



Migration und Arbeitswelt Schriftenreihe des DGB

Das Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf gibt regelmäßig eine Zeitung zu aktuellen Fragen der Migration und Integration heraus. Außerdem werden von dem Arbeitsbereich „Migration und Qualifizierung“ ausführlichere Informationsbroschüren veröffentlicht, die auch kommunale Migrantenvertretungen für ihre Arbeit verwenden können. Zuletzt erschienen die Dokumentation der Tagung „MigrantInnen aus der Türkei im Einwanderungsland Deutschland“ sowie eine Bestandsaufnahme zur „Situation griechischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland“ mit

interessanten Daten zu Beschäftigung, Ausbildung, Arbeitslosigkeit und der Lebenswirklichkeit der älteren Generation. Unter dem Titel „einbürgern – wählen – mitentscheiden!“ ist außerdem eine Infobroschüre aufgelegt worden mit praktischen Hinweisen und Tipps zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft. Beiräte, die hierzu vor Ort werben oder informieren wollen, können diese und andere Broschüren beim DGB in Düsseldorf bestellen.

Bestelladresse:

DGB Bildungswerk e.V.,
Bereich Migration & Qualifizierung,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/ 43 01-141
Fax: 0211/ 43 01-134
e-Mail: migration@dgb-bildungswerk.de
Internet: www.migration-online.de
Unter der Internetadresse sind die Broschüren auch als pdf-Dateien verfügbar.

Kommunikationsforum Krug – Zeitung für russische und deutsche Juden

Gegründet wurde die jüdische Monatszeitung 1996, die seit 2001 auch mit einer deutschsprachigen Beilage „Der Kreis“ erscheint. Zielgruppe sind die russischen Kontingentsflüchtlinge jüdischen Glaubens, die seit 1991 vermehrt in die Bundesrepublik einwandern. Sprachbarrieren und die Nicht-Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen machen auch den Juden aus Russland große Schwierigkeiten bei ihrer Integration in die Gesellschaft. Bei der Suche nach Lösungen hilft Krug. Die in Düsseldorf ansässige Redaktion stellt in der Zeitung die Lebenssituation der jüdischen Kontingentsflüchtlinge dar, berichtet über Anlaufstellen, die Hilfe zur Selbsthilfe bieten, aber auch über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungen der Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.

Zentren zeigen Profil – Kölner Migrationsarbeit im Blick

Mit einer umfangreichen Broschüre über ihre Tätigkeiten sind alle interkulturellen Zentren Kölns an die Öffentlichkeit getreten. Ziel ist es, Politik und Gesellschaft über die fachliche Arbeit dieser Zentren zu informieren und auch in Zukunft eine gute Zusammenarbeit zwischen Zentren und Stadtverwaltung zu gewährleisten. In einem allgemeinen Teil werden die Leser über die Entwicklung der Zentren von kleinen Gruppen zu Trägern professioneller Sozialarbeit aufgezeigt. In einem zweiten Teil stellen sich die einzelnen Zentren selber vor.

*Die Broschüre ist erhältlich über:
Jugendhilfe und Schule e.V.
Jugendladen Nippes & Nippes Museum
Kempener Straße 95, 50733 Köln
Tel.: 0221 - 72 72 75*

Seminare und Termine

Auch für dieses Jahr hat die LAGA NRW ein umfangreiches Seminarprogramm vorbereitet. Neu ist das Angebot an die Beiräte, Seminare zu Themenschwerpunkten zu machen, die die LAGA bereits vorbereitet, aber noch nicht terminiert hat. So können ortsspezifische Gesichtspunkte noch aufgenommen werden. Auf jeden Fall lohnt sich die Nachfrage in der Geschäftsstelle.

Kontrovers: „Zuwanderungs- und Integrationspolitik in der Diskussion“

Die Debatte um Zuwanderung und Integration ist seit Einführung der Green-Card-Regelung der Bundesregierung ein wichtiger Bestandteil der politischen Diskussion in Bund, Land und Kommunen. Stichworte sind hier auf Bundesebene der Bericht der Zuwanderungskommission und der Entwurf des Zuwanderungsgesetzes.

In NRW sollen die Integrationsoffensive des Landtages und die Integrationsinitiative der Landesregierung im Dialog mit relevanten Trägern, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen diskutiert und umgesetzt werden. In dieser Veranstaltung werden die oben genannten Konzepte vorgestellt und über die Konsequenzen für die Kommunen diskutiert.

Termin: Mai 2002

Ort: Paderborn

Teilnahmebeitrag: Entfällt

LAGA-Seminarservice für örtliche kommunale Migrantenvertretungen (I)

Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern

Anknüpfend an das bildungspolitische Papier der LAGA „Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern“ behandelt das Seminar folgende Fragen: Welche Sofortmaßnahmen sind auf kommunaler Ebene möglich und notwendig? Welche Ressourcen werden dafür gebraucht? Welche Arbeitsstrukturen auf kommunaler Ebene sind dringend erforderlich? Was können die Ausländerbeiräte praktisch tun?

Zukunft der Ausländerbeiräte: Innenminister Fritz Behrens diskutiert mit LAGA NRW

Die nächste Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW findet am 2. März 2002 in Duisburg statt. Als besonderer Gast wird der Innenminister des Landes NRW Dr. Fritz Behrens erwartet. Zusammen wollen der Minister und die Vertreter und Vertreterinnen der LAGA NRW über die Zukunft der kommunalen Migrantenvertretungen debattieren. In einer Zeit, in der viel über Integration, aber wenig über Partizipation gesprochen wird, ist das eine gute Chance, unsere Anliegen zur verbesserten politischen Teilhabe von Migranten einzubringen.

*Hauptausschuss, 2. März 2002, 14 Uhr
Rathaus, Burgplatz 19, Saal 100, Duisburg*

12. Bocholter Forum

Eine Stärke des über das Land hinaus bekannten Bocholter Forums ist stets die Konkretisierung der zum Teil diffusen Debatte um Zuwanderung und Integration in Deutschland. Beim 12. Bocholter Forum möchten die Veranstalter an die guten Erfahrungen der vergangenen Jahre anknüpfen und den Teilnehmern einen intensiven Austausch mit kompetenten Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Kultur zu Migrationsfragen ermöglichen. Die Landeszentrale für politische Bildung, die Academia Española de Formación und die LAGA NRW arbeiten an den Konturen der diesjährigen Veranstaltung. Das genaue Programm werden Sie, wie gewohnt, frühzeitig erhalten.

Termin: 21. bis 23. Juni 2002,

Anreise bis 18.00 Uhr

Ort: Bocholt

Impressum

Herausgeberin:
Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen
Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 994160
Fax: 0211 / 9941615
e-Mail: info@laga-nrw.de
www.LAGA-NRW.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgefordert zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:
Ercan Atay
Ulrich Bechmann
Susana dos Santos Herrmann,
(redaktionelle Koordination),
Tayfun Keltek, Franz Paszek,
Siamak Pourbahri, Engin Sakal
Enver Şen.

Bildnachweis:
Das Foto auf der Seite 7
ist entnommen aus
„Fremde Heimat, Klartext-Verlag“

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:
Forschungsgruppe FOKUS, Köln
Druck: Druckerei Kaul, Köln